

Zeitschrift: Neujahrsblatt Wangen an der Aare
Herausgeber: Museumsverein Wangen an der Aare
Band: - (1995)

Artikel: Anfang und Ende der Ersparniskasse des Amtsbezirks Wangen
Autor: Schmitz, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1086650>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Anfang und Ende der Ersparniskasse des Amtsbezirks Wangen

Am 5. Februar 1824 nahm in Wangen an der Aare die "Ersparnis- und Anlehn-Cassa des Oberamts Wangen" ihre Tätigkeit auf. Fast auf den Tag 170 Jahre später, am 1. Februar 1994, erhielten die Aktionäre überraschend die Mitteilung, die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) mache ein Übernahmeangebot, das in der Folge zu 100 % angenommen wurde. Die SBG hat inzwischen die EKW, wie die Ersparniskasse des Amtsbezirks Wangen seit langem genannt wird, integriert. Damit verschwindet nach 170 Jahren eine angesehene, in der Bevölkerung stark verankerte Regionalbank, die in ihrem Geschäftsgebiet, dem Amtsbezirk Wangen, in überzeugender und wirtschaftlich sinnvoller Weise ihre eigentliche Funktion als Katalysator und Förderer des Sparens einerseits und als Finanzierungsinstitution von Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Wohnbau anderseits erfüllt hat.

Eine zeitgemässe Gründung und ein aufgeschlossener Gründer

Am 5. Februar 1824 fand die Gründungsversammlung in der damaligen Amtschreiberei, heute Gemeindehaus, statt. Am gleichen Tag nahm die "Ersparnis- und Anlehn-Cassa des Oberamts Wangen" ihre Tätigkeit auf. Die ersten Statuten wurden genehmigt und die Organe bestellt. Ge-gründet wurde eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 10,000 Pfund oder "alten Franken", eingeteilt in 200 Aktien zu 50 Pfund¹⁾. Erwerbsgesellschaften zur Durchführung grösserer Darlehensgeschäfte sind in Bern schon im 14. Jahrhundert bekannt, Aktiengesellschaften seit dem 18. Jahrhundert. Ein kodifiziertes Aktienrecht gibt es jedoch erst seit dem kantonalen Gesetz über die Aktiengesellschaften vom 27. November 1860. Frühere Ansätze dazu finden sich im Gesetz über gemeinnützige Gesellschaften vom 31. März 1847. Vorher beruhten Gründungen von Aktiengesellschaften auf Gewohnheitsrecht, das allerdings vom "Kommerzienrat" in Bern reglementiert und den Bedürfnissen angepasst wurde.²⁾ Sie waren konzessionspflichtig und unterstanden behördlicher Aufsicht. 1824 wurde in Wangen tatsächlich eine Ersparniskasse gegründet, die alle wesentlichen Merkmale einer modernen Aktiengesellschaft aufweist (Statuten, verantwortliches Kapital, Organe, beschränkte Haftung, klar definierte Geschäftstätigkeit, die sich nicht nur auf Gesellschafter beschränkt usw.).

Die Aktien waren stark über das ganze Geschäftsgebiet gestreut. Nur vier Aktionäre hatten mehr als eine .Aktie, Einige kauften eine Aktie für mehrere Kinder, und Frau Rikli-Senn in Wangen war die einzige Aktionärin. In allen 28 Gemeinden des Amtsbezirks fanden sich "Burger, Hintersässen und Einwohner", die bereit und in der Lage waren, Aktien zu zeichnen. Die "Ehrenden Gemeinden" Heimenhausen, Wanzwil, Walliswil (Wangen), Farnern, Wolfisberg, Wangenried und Wiedlisbach erwarben ebenfalls je eine Aktie. Interessant ist übrigens, dass die Eintragungspraxis bis zuletzt darauf angelegt war, Kontrollpakete zu vermeiden und eine breite Streuung sicherzustellen.

Eine Bankenaufsicht gab es damals noch nicht. Die Statuten mussten jedoch von der Regierung in Bern genehmigt werden, die auch die Bewilligung zum Betrieb einer Ersparniskasse erteilen

¹⁾ Es ist immer problematisch, Beträge, die in einer weit zurückliegenden Währung ausgedruckt wurden, in heutige Franken umzurechnen. Die ganze Umwelt und die Kaufkraftverhältnisse sind derart verschieden, dass Schätzungen mit grosser Vorsicht aufzunehmen sind. Immerhin dürften 10'000 Pfund von 1824 gegen Fr. 1 Mio. in heutigem Geldwert darstellen, eine beachtliche Summe, wenn man die damalige schlechte Wirtschaftslage berücksichtigt.

²⁾ Dazu Pierre von May "Die Gründung der Aktiengesellschaft in ihrer geschichtlichen Entwicklung in der Schweiz", Bern 1945.

musste. Das Gesuch wurde vorerst an die falsche Behörde gerichtet, nämlich die Landesökonomikkommission, die es an den Justizrat weiterleitete. Am 16. März, mehr als einen Monat nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit, traf die Genehmigung durch den Kleinen Rat ein.

Die Gründung ging auf die Initiative des damaligen Oberamtmannes von Wangen, Rudolf Emanuel von Effinger, zurück. Der Werdegang dieses aufgeschlossenen Vertreters des bernischen ancien régime und seine von der Bevölkerung sehr geschätzte Amtsführung von 1820-1831 in Wangen sind oft beschrieben worden.³⁾ Die anfangs dieses Jahrhunderts ausgestorbenen Effinger von Wildeggen stammten ursprünglich aus Brugg und waren im 17. Jahrhundert in Bern regimentsfähig geworden. Der 1771 geborene Rudolf Emanuel durchlief die typische Laufbahn eines Berner Patriziers der Uebergangszeit: Militärische Ausbildung an der Pfeffelschen Militärschule in Colmar und der Hohen Karlschule in Stuttgart, Adjutant des Generals Hotze 1793-1805 eigenes Dragonerkorps in Bern, das er selbst aufstellte und finanzierte, 1815 Brigadekommandant in der Division Gady anlässlich der Grenzbesetzung und des unglücklichen Feldzuges in die Franche-Comte unter General von Bachmann. 1813 und 1831 war er Oberbefehlshaber des bernischen Heeres, wobei seine Rolle bei der Unterdrückung der aufständischen Oberländer im August 1814 umstritten war. Parallel dazu versah er verschiedene politische Ämter: 1803 Grossrat, 1808-1815 Oberamtmann in Konolfingen, 1814 Mitglied von Rät und Burger von Bern, 1816 Kleiner Rat, 1821 Oberamtmann in Wangen. Als Landwirt war er, im Gegensatz zu seinem Vater, der zu den Reformern der damaligen Landwirtschaft gehörte, weniger erfolgreich. Er war froh, als er 1830 sein Schloss Kiesen mit einem bedeutenden Landwirtschaftsbetrieb dem Engländer Thomas Southwell Pigott verkaufen konnte.

Die Oberamtleute, die es seit 1803 gab, entsprachen während der 15 Jahre dauernden Restauration ziemlich genau den Landvögten vor 1798. Sie verfügten über gleich weitgehende administrative und richterliche Befugnisse, auch wenn vermehrt Gerichtstatthalter und Gerichtssassen oder der Stellvertreter, seit 1803 der Wanger Schiffmeister und Schlossschaffner Johann Rudolf Vogel, beigezogen wurden und der Oberamtmann gehalten war, mit den führenden Leuten in den Gemeinden, die seit dem Umsturz an Selbstvertrauen und Einfluss gewonnen hatten, zusammenzuarbeiten. Ohne die aktive Mitwirkung der damaligen Prominenz im Amt hätte Effinger die Ersparniskasse nicht gründen können. Aber alle massgebenden und relativ einträglichen öffentlichen Funktionen in den Aemtern waren wieder Angehörigen der regimentsfähigen Familien aus der Hauptstadt vorbehalten. In Wangen beispielsweise waren 1824 ausser dem Oberamtmann die bernburger Amtsschreiber und Grossrat Albrecht Stettler und Salzfaktor Friedrich Rudolf Wyss, die übrigens alle auch Aktien der Ersparniskasse zeichneten, tätig.

Effinger übte sein Amt umsichtig und geschickt aus, auch wenn sein etwas patriarchalischer Stil nicht mehr ganz zeitgemäss war. Er erfasste rasch die wirtschaftliche und soziale Problematik des ihm anvertrauten Oberamtes, wie die Amtsbezirke damals genannt wurden. Die Situation war prekär. Das Bipperamt, bis 1798 eine kleine selbständige Vogtei, nachher dem Amt Wangen zugeschlagen, galt als Armenhaus des Kantons. Wangen mit dem Umschlagplatz für die Aareschiffahrt, der Zollstation, der Salzfaktorei, dem Verwaltungszentrum, drei Industriebetrieben und einem leistungsfähigen Gewerbe, war besser dran, und Herzogenbuchsee war schon damals die wirtschaftlich bedeutendste Gemeinde. Über 80 % der aktiven Bevölkerung des Amtsbezirks war in der Landwirtschaft tätig, deren Reformphase, in der sie sich seit Jahren befand, dem Ende entgegen ging. Die Requisitionen und Einquartierungen der französischen Truppen nach 1798 und die eher noch schlimmeren der durchziehenden Oesterreicher und Russen im Dezember 1813 und 1814 lagen zwar Jahre zurück, ihre Folgen waren aber immer noch spürbar. Das Verteilsystem für landwirtschaftliche Produkte funktionierte schlecht. Jede Missernte und

3) Zuletzt Rolf Anderegg im Neujahrsblatt Wangen an der Aare 1991

die unkontrollierten Preisaufschläge führten zu hungersnotähnlichen Zuständen. Teuerung und das Durcheinander im Münzwesen komplizierten die Lage zusätzlich. Ein umfassendes soziales Netz gab es kaum, und das "Armenwesen", für welches die Bürgergemeinden verantwortlich waren, allerdings nur für die Bürger und in bescheidenem Ausmass für Hintersässen, war überfordert. Die Modernisierung von Alltag und Wirtschaft war jedoch in vollem Gang. In Wangen und Herzogenbuchsee gab es eine Reihe industrieller Betriebe und einige Handelsgesellschaften, die zusammen mit dem alteingesessenen Gewerbe Arbeitsplätze schufen.

Effinger war aufgeschlossen und aktiv. Er wollte die Situation verbessern und hatte schon früher Initiative bewiesen, als er in Kiesen die erste Talkäserei des Kantons eröffnete. In Wangen gründete er dann die zweite und machte sich auch um das Schulwesen verdient. Eine der Massnahmen, die ihm geeignet schien, die desolate wirtschaftliche Lage zu verbessern, war die Gründung einer Ersparniskasse. Damit lag er im Trend. Die zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts waren eigentliche Gründerjahre für Ersparniskassen. Zwar gab es schon seit langem in den Städten Banken, die dann oft wieder verschwanden.⁴⁾ Eigentliche Sparkassen, die auch der weniger wohlhabenden Bevölkerung verzinste Anlagen ermöglichen sollten, gab es in der ganzen Schweiz 1805 nur fünf, 1815 erst zehn. Im Kanton Bern setzten die Gründungen 1820 ein. In diesem Jahr wurden die Bürgerliche Ersparniskasse der Stadt Bern, die Privat-Ersparniskasse Sumiswald und 1821 die erste Burgdorfer Sparkasse errichtet. 1823 folgten Aarwangen, 1824 Nidau, Schwarzenburg und Wangen. In den nächsten Jahren nahmen fast in allen Aemtern Sparkassen - in einigen mehrere - den Betrieb auf. 1833 wurde durch Dekret die Kantonalbank geschaffen. Für Wangen war vor allem die Gründung der Ersparniskasse des benachbarten Amtes Aarwangen im Jahr zuvor von Bedeutung. Auch dort ging sie auf die Anregung des Oberamtmannes Zeerleder zurück. Eine Zeitlang wurde sogar überlegt, in Wangen kein eigenes Institut zu gründen, sondern sich Aarwangen anzuschliessen. Die Hauptversammlung der Ersparniskasse

Aarwangen lehnte jedoch ein entsprechendes Gesuch ab. Im Gegensatz zu Aarwangen, wo die Vorbereitungen mühsam und langwierig waren, hatten die Initianten in Wangen keine Mühe, das Gesellschaftskapital zusammenzubringen und die Bevölkerung für die Aufnahme von Beziehungen mit der Kasse zu motivieren. Ursprünglich war beabsichtigt, nur 100 Aktien herauszugeben. Als die Zeichnungen über Erwarten eingingen, wurde der Betrag verdoppelt. Organisation, Statuten und Geschäftsbedingungen wurden fast unverändert von Aarwangen übernommen.

Es ist offensichtlich, dass die Gründung von Ersparniskassen während der Restauration von der Regierung in Bern systematisch gefördert wurde. Sie war sich bewusst, dass eine Wiederauflage des anciens régimes, das sich schon 1798 überlebt hatte, nur Aussicht auf Erfolg hatte, wenn es gelang, die schwierige Wirtschaftslage zu verbessern. Es ist dem bernischen Patriziat auch zuzubilligen, dass es - jedenfalls damals - eine echte soziale Verpflichtung spürte und sich entsprechend verhielt. Die Gründungen sind somit als Teil einer bewussten Wirtschafts- und Sozialpolitik zu sehen, die für ein eher reaktionäres Regime erstaunlich fortschrittlich und weitsichtig war. Neben einer Reihe von Reformen, die vor allem die Landwirtschaft betrafen, wurden Massnahmen ergriffen, die man heute als protektionistisch bezeichnen würde. Es gab schon damals so etwas wie eine Fiskal- und Geldpolitik. Zum frühkapitalistischen Instrumentarium gehörte ein funktionierendes Kreditwesen, das der Landwirtschaft, dem Gewerbe und der sich noch im Aufbau befindenden Industrie vermehrt Betriebsmittel zuführen sollte. Diese Kreditfähigkeit sollte durch Spargelder aus allen Schichten der Bevölkerung finanziert werden. In heutigen Begriffen ausgedrückt: man forcierte die dritte Säule und betrieb Wirtschaftsförderung. Dabei hatte das Sparen eine starke soziale und volkspädagogische Komponente. Die zeitgenössischen Autoren sprechen von Selbsthilfe, Wecken des Ordnungs- und Sparsinnes, Volkswohl und

Dazu Louis H. Mottet "Les grandes heures des Banquiers Suisses", Genf 1987

Armenfürsorge. Der Präsident der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, Schinz, führte 1822, zwei Jahre vor der Gründung der Ersparniskasse Wangen, in einer Rede aus: "Ebenso leisten die Ersparniskassen, deren Zahl sich von Jahr zu Jahr in unserem Vaterlande vermehrt den Beweis, dass es oft mehr nur an der sicheren Gelegenheit gemangelt hat, wenige Barschaft unterzubringen, als dass die Lust, etwas beiseite zu legen, neu gewesen wäre; wenige Groschen oder Gulden sicher anlegen zu können, schützt auf jeden Fall manchen vor leichtsinnigen Ausgaben." Und im Konzessionsgesuch der Ersparniskasse Wangen an die Regierung in Bern vom 28. Februar 1824 heisst es, man wolle dem "gedrückten Mittelstand so viel als möglich unter die Arme greifen und dem Wucher wehren ..., was gewiss in den gegenwärtigen geldlosen Zeiten als ein rühmliches Beispiel von Aufopferung und Gemeinnützigkeit gelten kann."

Enge Verflechtung mit Wangen an der Aare

Die EKW wurde in Wangen gegründet und hat hier immer ihren Hauptsitz gehabt. Die Wanger haben sich bis zuletzt mit "ihrer" Kasse voll identifiziert. Von den ursprünglichen 200 Aktien wurden 30 in Wangen gezeichnet. Die Gründungsaktionäre aus Wangen waren fast alle Angehörige der damals zehn bürgerlichen Geschlechter mit dem Bürgermeister Johannes Schmitz an der Spitze. Im ersten Aktienregister erscheint der Name Roth neunmal, 1824 die wirtschaftlich stärkste Familie - wobei vier zusammen eine Aktie besaßen -, dreimal die Anderegg, angeführt vom bekannten Hafner Johannes Anderegg, dreimal die Strasser, je einmal die Vogel, Schorer und Schmitz. Schwach vertreten ist die Ende des 18. Jahrhunderts bedeutendste Familie von Wangen, die Rikli, deren Färbereibetrieb damals vorübergehend mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfte. Interessanterweise befindet sich unter den beiden Aktionären Rikli die einzige Frau, Frau Salzfaktorin Rikli geb. Senn. Es ist bemerkenswert, dass 170 Jahre später die gleichen bürgerlichen Familien immer noch im Aktionariat vertreten waren. Sie hatten ihren Aktienbesitz bis zum Ende behalten und in einigen Fällen ausgebaut.

Auch in den Organen der Bank finden sich immer wieder Wanger. In der ersten "Direktion" waren Amtsnotar Johann Heinrich Anderegg, Zinsrodelverwalter, Handelsmann Franz Roth Kassier und Gerichtsstatthalter Johann Jakob Strasser Einnehmer für die Kirchgemeinde Wangen. Von den 15 Präsidenten waren elf in Wangen ansässig. Fünf waren Burger und gehörten zum engeren Kreis der Gründungsaktionäre. Von 1832-1839 war es Abraham Friederich Rikli, von 1851-1882 Johann Rudolf Vogel. Dessen lange Amtszeit von über 30 Jahren erklärt sich daraus, dass Vogel die profilierteste Persönlichkeit Wangens im 19. Jahrhundert war. Er war Mitglied des ersten Nationalrates und weitgehend dafür verantwortlich, dass die Eisenbahnlinie Olten-Biel-Lausanne über Wangen und nicht - was rationeller gewesen wäre - nördlich der Aare dem Jurasüdfuss entlang geführt wurde. Dass Wangen seit 1876 ein bedeutender militärischer Truppensammel- und Ausbildungsplatz ist, geht ebenfalls auf seine Initiative zurück. 1912-1915 präsidierte Alfred Roth die Bank und von 1930-1935 Hans Anderegg, der auch Delegierter des Verwaltungsrates und der einzige vollamtliche Präsident war. 1936 bis zu seinem Tode 1955 war Adolf Schmitz Präsident des Verwaltungsrates. Vogel, Roth, Anderegg und Schmitz waren auch Gemeindepräsidenten, denn seit der Abtrennung der schon 1803 entstandenen Einwohnergemeinden von den Burgergemeinden im Jahre 1857 waren fast alle Wanger Gemeindepräsidenten Mitglieder des Verwaltungsrates. Der letzte, der die Bank 1970 bis 1976 auch präsidierte, war Karl Flatt. Der letzte Burger im Verwaltungsrat war Heinrich Rikli, der 1992 altershalber zurücktrat.

Andererseits haben sich in neuerer Zeit verschiedene in Wangen ansässige Kaderangehörige der Bank in der Öffentlichkeit engagiert. Fritz Moser, der 1934 in die Dienste der EKW trat und sie von 1943 bis 1958 leitete, war Grossrat und von 1958 - 1977 bernischer Regierungsrat Fritz Blatti, der 1948-1958 der Niederlassung Herzogenbuchsee und von 1958 bis 1977 als Direktor

dem Gesamtinstitut Vorstand, war 12 Jahre lange ein angesehenes Mitglied des Nationalrates. Das langjährige Direktionsmitglied Rudolf Iff war von 1966 bis 1970 Gemeindepräsident von Wangen.

Mit ihren repräsentativen Bankgebäuden in denen die EKW sukzessive ihren Sitz und ihre Schalter hatte, seit 1910 vor dem Stadttor, später an der Zeughausstrasse und jetzt in der Vorstadt, war die Bank im Ortsbild sehr präsent. Die enge Verbundenheit mit der Bevölkerung zeigte sich auch darin, dass es von jeher wohl kaum einen Einwohner in Wangen gab, der nicht ein Sparheft oder ein Konto bei der EKW hatte. Die meisten tätigten ihre gesamten Bankgeschäfte mit ihr. Es gab in Wangen nie eine andere Bank.

Mehr als eine Bank

Anlässlich des 100jährigen Bestehens der EKW haben die Historiker Paul Kasser und Robert Studer eine bemerkenswerte Jubiläumsschrift "Denkschrift der Ersparniskasse Wangen 1824-1924" verfasst. Sie ist gleichzeitig eine Wirtschaftsgeschichte des Amtsbezirks. 1974 hat Prof. Karl H. Flatt mit seiner Jubiläumsschrift "1874-1974 Ersparniskasse des Amtsbezirks Wangen" den Werdegang der EKW während der ersten 150 Jahre ihres Bestehens in prägnanter Weise in den Rahmen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Geschäftsrayons gestellt.

Während ihrer 170jährigen Geschichte als selbständiges Institut hat die EKW ihre Rolle als Kreditversorger und Anlagebank zur vollen Zufriedenheit der Bevölkerung gespielt. Spargelder wurden vorerst als verzinste "Anlagen" entgegengenommen, wobei der Zins in den ersten Statuten auf 4.5 % festgelegt wurde. Später wurden Sparhefte und Kassenobligationen zu den marktüblichen Zinssätzen herausgegeben. In den letzten Jahren wurden auch Festgelder entgegen genommen. Das indifferente Geschäft wurde nach dem ersten Weltkrieg aufgenommen, wobei vorerst die Aufträge an Korrespondenzbanken in Zürich weitergeleitet wurden. Eine Wertschriftenabteilung wurde erst in den 70iger Jahren aufgebaut. Eine eigene Devisenabteilung bestand nicht. 1826 hatten 371 Einleger Sparguthaben von Fr. 11,812.—, 1920 waren es 8,226 Einleger und Fr. 19,6 Mio. Sparguthaben. 1960 betrugen die Spareinlagen Fr. 60 Mio., dazu kamen 24,5 Mio. Kassenobligationen und 21,5 Mio. Pfandbriefdarlehen. 1992 waren die Spareinlagen auf 345 Mio. und die Kassenobligationen auf 304 Mio. angestiegen. Dazu kamen die Pfandbriefdarlehen von 144 Mio.. Die EKW hat somit einen beachtlichen Bestand an Passivgeldern aus einer wirtschaftlich nicht besonders starken Region aufgebaut, seitdem 1824 die erste Einlegerin, Christina Rubli, "Magd auf der Amtsschreiberei", der eben eröffneten Kasse 50 damalige Pfund oder alte Franken an vertraut hatte.

Auf der Aktivseite der Bilanz überstieg das Kreditportefeuille schliesslich die Milliarden Grenze. Alle gängigen Kreditarten wurden getätigt mit Ausnahme von Exportkrediten, für die kein Bedürfnis bestand. Das erste Darlehen im Betrage von 750 alten Franken wurde der Witwe des Johann Jakob Anderegg in Rumisberg 5 Tage nach der Eröffnung gewährt. Die Kreditnehmer waren vorwiegend Landwirte, Gewerbetreibende und Private. Interessant ist, dass schon in den ersten Jahren eine Art Entwicklungskredit von 5000 alten Franken ausgesetzt wurde, der für den Anbau von Hanf und Flachs und die Förderung des Leinwandhandels und der Leinwandfabrikation eingesetzt wurde. Im Verlauf der Jahre hat sich die Verteilung der Kredite auf die einzelnen Wirtschaftszweige stark verlagert. 1993 entfielen nur noch gerade 6 % der Ausleihungen auf die Landwirtschaft. Dabei war die Betreuung der Landwirtschaft immer ein besonderes Anliegen der EKW. Sie hat beispielsweise während Jahrzehnten die Übernahme der Landwirtschaftsbetriebe durch einen Erben - nach dem alten bernischen Zivilgesetzbuch übrigens durch den jüngsten Sohn - und den Auskauf der übrigen Erben finanziert und damit die Zerstückelung der Betriebe vermieden. Während der Krise in den 30iger Jahren wurde zudem ein Bürgschaftsfonds für

notleidende landwirtschaftliche Kreditnehmer geschaffen. 1993 entfielen 28,5 % der Ausleihungen auf Gewerbe und Handel, 60 % auf Private und nur je 2,5 % auf Industrie und öffentlich-rechtliche Körperschaften. Auffallend ist der kleine Anteil der Kredite an die Industrie. Bis Mitte dieses Jahrhunderts war der Anteil bedeutend höher. Das Verschwinden ganzer Industriezweige, beispielsweise der Textilindustrie in Wangen, und die Tatsache, dass sich die im Amtsbezirk noch verbleibenden kleineren und mittleren Industriebetriebe - Grossbetriebe hat es nie gegeben - ausserhalb des Geschäftsrays der EKW oder bei der Kantonalbank in Herzogenbuchsee finanzieren konnten, hat wohl zu dieser Entwicklung geführt.

Die EKW war immer eine Hypothekenbank, d.h. der grösste Teil der Ausleihungen war hypothekarisch gesichert. Der Hypothekenanteil betrug lange 100 % der Bilanzsumme. Noch 1992 entfielen bei einer Bilanzsumme von 1,2 Mia. gegen 822 Mio. auf reine Hypothekaranlagen. Die EKW war lange dafür bekannt, dass die Bewertungsgrundsätze, die für Grundstücke und Liegenschaften angewendet wurden, die Belehnungsgrenzen und die Refinanzierung konservativ waren. Ob während der 70iger und 80iger Jahre, als sich die Banken aktiv um Hypotheken bewarben und unter einem gewissen Anlagezwang standen, davon abgegangen wurde, ist aus den Bilanzen nicht ersichtlich, aber wahrscheinlich. Gemäss der letzten Bilanz waren die Hypothekaranlagen, einschliesslich Darlehen mit hypothekarischer Deckung zu nur noch 34 % durch Spareinlagen gedeckt. Die Refinanzierung war somit ungünstiger als diejenige des Durchschnitts der Regionalbanken, bei denen der Refinanzierungssatz durch Spareinlagen bei 51 % lag. Immerhin betrugen im letzten Jahr 1993 die Kundengelder insgesamt 871 Mio. Aus der in den Jahresberichten dargestellten Zins-, Laufzeit- und Fälligkeitsstruktur des Kassenobligationenbestandes ergibt sich, dass die EKW in der Hochzinsperiode grosse Beträge zu Zinssätzen von 6 % bis 8 1/4 % mittelfristig hereingenommen hatte, die dann, als die Aktivzinsen, vor allem die Hypothekarzinsen ab 1991 sanken, die Zinsmarge negativ beeinflussten. Natürlich kann sich die Lage wieder verbessern, wenn die Zinsen steigen, es ist aber verständlich, dass der Verwaltungsrat bei der Begründung seines Entschlusses, die Selbständigkeit aufzugeben, von schlechter Refinanzierung spricht.

Eigene Mittel und Rentabilität waren nie hoch. Ursprünglich wurde die EKW ohnehin als eine Art Wohltätigkeitsinstitut betrieben. Sie erwirtschaftete schon im ersten Jahr einen kleinen Gewinn, der für wohltätige Zwecke ausgegeben wurde. Ein eigentliches Gesellschaftskapital, vorher "Reserve" genannt, wurde erst 1860 mit Fr. 14,210.-- ausgewiesen. Dazu wurden über die Jahre Rücklagen auf gebaut, die ein vielfaches des Kapitals ausmachten. Das Aktienkapital betrug seit 1980 nur 2 Mio. Eigenartigerweise wurden wenig Kapitalerhöhungen durchgeführt, um die Kapitalbasis zu stärken. Dazu kamen Reserven von schliesslich 52 Mio., so dass die ausgewiesenen eigenen Mittel 1992 54 Mio. oder 4,8 % der Bilanzsumme 1992 betrugen. Auf dem kleinen Aktienkapital wurde immer nur eine bescheidene Dividende ausgerichtet, was der Bank erlaubte, Reserven zu äufnen und sie in die Lage versetzen sollte, auch schlechte Zeiten durchzustehen. Für das letzte "normale" Jahr, 1992, betrug das Dividendenbetroffnis Fr. 240,000.-- bei einem Reingewinn von Fr. 1,126,699.--, ein tiefer Payout eines auch im Verhältnis zur Bilanzsumme von 1,2 Mia. und den eigenen Mitteln bescheidenen Reingewinns.

Die Organisation der Bank war einfach aber durchaus effizient. Die ersten Organe waren eine Hauptversammlung der Aktionäre und eine "Direktion", der Oberamtmann R.E. von Effinger als Präsident, Amtsnotar Joh. Heinrich Anderegg als Zinsrodel Verwalter, Handelsmann Franz Roth als Kassier, Amtsschreiber Albrecht Stettler als Sekretär, alle in Wangen, Grossrat Felix Moser in Herzogenbuchsee als Buchhalter, Joh. Jakob Schneider, Schaffner in Wiedlisbach und Joh. Jak. Born, Gerichtsstatthalter in Niederbipp, als Beisitzer angehörten. Sie versah sowohl die Funktion des Verwaltungsrates wie der Geschäftsleitung, die erst mit Inkrafttreten des bernischen Gesetzes über die Aktiengesellschaften getrennt wurden. Die Mitglieder der "Direktion" übten

die Ämter vorerst ehrenamtlich aus und erhielten ab 1826 sehr bescheidene Entschädigungen. 1832, als man begann, die Bank wie ein kommerzielles Unternehmen zu führen, wurde als Entschädigung eine Umsatzbeteiligung eingeführt. Die Einnehmer erhielten 1/2 % der von ihnen entgegengenommenen Einlagen, der Kassier 1/2 % der Bruttoeinnahmen, der Zinsrodelverwalter 1 % des Kapitalvermögens. Erst gegen Ende des letzten Jahrhunderts wurden ausgebildete Bankangestellte eingestellt, die marktkonform entlöhnt wurden. Einer der ersten hauptamtlichen Funktionäre war der Zinsrodel Verwalter Notar Hans Anderegg, der von 1896 - 1930 das Hypothekengeschäft unterstand und der, wie schon erwähnt, während kurzer Zeit die Bank auch präsidierte. Übrigens haben die Notare, während langer Zeit fast die einzigen akademisch ausgebildeten Juristen in den ländlichen Amtsbezirken, überhaupt in der Geschichte der Bank eine grosse Rolle gespielt. Die meisten Kreditgeschäfte und die nicht sehr zahlreichen Handänderungen von Aktien liefen über sie. Der Verwaltungsrat setzte sich aus 9 bis 12 Mitgliedern zusammen. Man legte Wert darauf, führende Persönlichkeiten aus den grösseren Gemeinden zu wählen, die auf Grund persönlicher Kenntnis der Debitoren in der Lage sein sollten, die Kreditgeschäfte zu beurteilen, was lange Zeit gut funktionierte.

Bis 1931 war der Zinsrodelverwalter Leiter des Instituts. 1932 bis 1943 war der 1905 in die Dienste der EKW getretene Emil Boller Verwalter, 1943 bis 1958 Notar Fritz Moser, 1958 bis 1977 Fritz Blatti, ab 1970 mit dem Titel Direktor, 1978 bis 1992 Peter Haeberli und 1992 bis 1993 Beat Sahli.

Der Marktanteil war ursprünglich 100 %. In allen grösseren Gemeinden bestanden Einnehmerien, die nebenamtlich betrieben wurden. Alle Geschäfte wurden in Wangen getätigt. Erst 1911 wurde in Herzogenbuchsee eine Agentur, 1924 eine Filiale eröffnet. 1925 folgte Niederbipp, 1986 Attiswil und 1990 Aeschi im benachbarten solothurnischen Wasseramt. 1992 wurde das bereinigte Bankgeschäft der notleidenden Sparkasse Ursenbach zu Bedingungen, die eine zusätzliche Belastung für die Bilanz darstellten, übernommen. 1993 unterhielt die EKW ein recht aufwendiges Geschäftsstellennetz in 14 Gemeinden. 90 Mitarbeiter waren beschäftigt. Der Cash flow 1993 dürfte Mio. 13 betragen haben.

1874 wurde die Sparkasse Wiedlisbach gegründet und 1924 nahm eine Filiale der Kantonalbank in Herzogenbuchsee den Betrieb auf. Die EKW verlor damit ihr faktisches Monopol, behielt aber bis zum Schluss ihre führende Stellung im Geschäftsräyon. Andererseits war unvermeidlich, dass sie den verstärkten Konkurrenzdruck der benachbarten Kantonalbanken und der Grossbanken zu spüren bekam.

Die EKW war mehr als eine Bank, die Bankdienstleistungen anbietet. Der Amtsbezirk Wangen ist recht heterogen zusammengesetzt. Die Kasse war während 170 Jahren die einzige private Institution, die die verschiedenen Gegenden verband und mit der sich die ganze Bevölkerung identifizieren konnte. Von den zuletzt 1550 Aktionären nahmen regelmässig 600-800 an den Generalversammlungen teil, die viel beachtete und interessante Anlässe waren. Eine derartige Tradition und Integrationsfunktion lässt sich nicht ohne weiteres auf eine Grossbank übertragen.

Das abrupte Ende

Am 31. Januar 1994 teilt der Verwaltungsrat den Aktionären mit, dass die SBG ein Übernahmeangebot zum Preise von Fr. 6,000.— pro Aktie unterbreite, falls ihr mindestens 70 % des Aktienkapitals angedient werden. Der Verwaltungsrat empfiehlt das Angebot zur Annahme mit der Begründung, er habe sich an die SBG gewandt, um bei ihr eine zusätzliche Expertise über die Rückstellungssituation einzuholen - zusätzlich zur Revisionsstelle aus der sich ein erheblicher bisher nicht erkannter Rückstellungsbedarf auf Krediten und als Folge davon, ein

Manko an Eigenmitteln gemäss den Vorschriften der Eidgenössischen Bankenkommission ergäben.

Anlässlich der letzten Generalversammlung der EKW als selbständiges Institut vom 19. März 1994 hat der Präsident des Verwaltungsrates, Regierungsstatthalter Kurt Aebersold, den Schritt des Verwaltungsrates eingehend begründet. Es sei das erste Mal in der Geschichte der EKW dass ein Verlustabschluss vorgelegt werden müsse. Eine eingehende Analyse der Debitorensituation hätte einen zusätzlichen Abschreibungs- und Rückstellungsbedarf von 18,3 Mio. ergeben. Der von der Revisionsstelle ermittelte Rückstellungsbedarf von 6,2 Mio. auf Ende 1993 hätte aus dem cash flow des Berichtsjahres gedeckt werden können, ohne dass Reserven aufgelöst hätten werden müssen. Die auf Grund des negativen Umfeldes von der SBG eingeholte Analyse hätte jedoch gezeigt, dass im Interesse der längerfristigen Zukunftssicherung strengere Kriterien bei der Festlegung von Wertberichtigungen anzuwenden seien. Daraus hätte sich der zusätzliche Rückstellungsbedarf ergeben, so dass nach Auflösung aller stillen Reserven ein Verlust von 6,1 Mio. resultiere. Auch für die Zukunft müsse mit einem steigenden Rückstellungspotential gerechnet werden. Der Verwaltungsrat sehe aus diesem Grund und wegen der ungünstigen Refinanzierung keine Möglichkeit, die ungenügende Ertragssituation in absehbarer Zeit zu verbessern. Vor 1996 wäre ein positives Resultat kaum möglich. Das Angebot der SBG sei fair. Der Verwaltungsrat habe im wohlverstandenen Interesse der Aktionäre, der Kunden und der Mitarbeiter gehandelt. Er sei überzeugt, das richtige im richtigen Zeitpunkt getan zu haben.

Die überraschende Initiative des Verwaltungsrates stiess vorerst bei der Bevölkerung auf Skepsis und wenig Verständnis. Dass nach Ablauf der Angebotsfrist von 4000 Aktien 3986 zum Verkauf angeboten wurden, ändert daran nichts. Der Aktionär hatte praktisch keine andere Wahl. Die Aktien hatten vorher einen Steuerwert von Fr. 1,400.— und wurden, falls überhaupt Handwechsel stattfanden, zu Fr. 1,850.— gehandelt. Der Preis von 6,000.— schien daher günstig. Die 24 Mio., welche die SBG für ihre Investition einsetzte, sind ungefähr die Hälfte des Substanzwertes oder inneren Wertes. Aus den Ausführungen im Jahresbericht 1993 der EKW, wonach das Uebnahmeangebot der SBG bestätige, dass die EKW einen "respektablen inneren Wert besitzt", könnte man schliessen, dass der Substanzwert bei der Festlegung des Preises die entscheidende Rolle gespielt hat. Jeder Verkauf eines Unternehmens ist eine Frage von oft komplexen Verhandlungen und es gibt keine einfache und allgemein gültige Methode, den Unternehmenswert zu bestimmen. Bei Dienstleistungsunternehmen wird oft ein Mittelwert zwischen Substanz und Ertragswert eruiert. Die sich daraus ergebenden Werte können stark variieren, je nach dem Gewicht, das man dem Ertragswert beimisst und dessen Festlegung (z.B. Durchschnitt der letzten drei Jahre, angenommener Fortführungswert, Kapitalisierungssatz usw.). Wahrscheinlich hat die bescheidene Ertragssituation den Preis gedrückt. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass alle drei Grossbanken ein erklärtes Interesse daran haben, das Schweizergeschäft auszubauen und Lücken im Filialnetz zu schliessen, um ein gewisses Gleichgewicht zur immer schneller fortschreitenden und bewusst geförderten Internationalisierung des Bankgeschäftes aufrecht zu erhalten. Alle drei Grossbanken haben in letzter Zeit im schweizerischen Retailgeschäft tätige Banken übernommen. Sie messen logischerweise der damit erworbenen Kundschaft, den Depotbeständen und der Organisation einen gewissen Stellenwert bei. Im Falle des fast gleichzeitig erfolgten Angebots des Schweizerischen Bankvereins für die Solothurner Kantonalbank war dieser sogar bereit, für eine stark überschuldete und auf lange Sicht ertragslose Bank wegen ihrer starken Verankerung im Geschäftsräyon einen Goodwill zu bezahlen. Ob und inwiefern dieser Aspekt bei der Übernahme der EKW, die immerhin kein Sanierungsfall war, eine gute Liquidität aufwies und einen positiven cash flow erwirtschaftete, ebenfalls berücksichtigt wurde, ist nicht bekannt. Tatsache ist, dass die SBG mit einem Kapitaleinsatz von 24 Mio. eine konservativ bewertete Substanz von mindestens 45 Mio. und

dazu eine funktionierende Bank mit einer starken Stellung in einem Gebiet übernommen hat, in dem die übernehmende Grossbank nicht vertreten war.

Es ist müssig, im Nachhinein die Frage zu stellen, ob die Aufgabe der Selbständigkeit der EKW zwingend gewesen sei. Immerhin weist die Übernahme durch die SBG einige Merkwürdigkeiten auf. Ungewöhnlich ist schon, dass man nicht eine unabhängige Stelle, sondern eine Grossbank, von der man wusste, dass sie an derartigen Akquisitionen interessiert ist, mit einer Analyse betraut, nachdem die Geschäftsleitung und die Reba, die bankengesetzliche Kontrollstelle, den Rückstellungsbedarf für 1993 bereits festgestellt hatten. Die Reba kam auf einen Betrag, der aus dem cash flow hätte gedeckt werden können, die SBG auf zusätzliche 18,3 Mio. Darin liegt eine Desavouierung der Revisionsstelle, die nicht ohne weiteres erklärbar ist, wenn man weiss, dass die bankengesetzlichen Revisionsstellen nach den Vorschriften und unter Kontrolle der Eidgenössischen Bankenkommission arbeiten und ihre Verantwortung ernst nehmen. Es sei nicht behauptet, der von der SBG festgestellte Rückstellungsbedarf sei nicht zu rechtfertigen, denn die insgesamt zu verkraftenden 27 Mio. machen nur etwa 2,5 % der Kundenausleihungen aus, auf denen grundsätzlich ein Delcredere-Risiko besteht. Allerdings müsste man wissen, ob es sich - in allen Fällen - tatsächlich um notleidende Kredite und Zinsen, oder um gefährdete und dubiose Debitoren oder um rein vorsorgliche oder nur erwünschte Rückstellungen gehandelt hat. Möglich ist auch, dass recht schematisch und ohne Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse und die Bonität der Schuldner vorgegangen und nur auf angenommene Ertrags- und Verkehrswerte der Liegenschaften abgestellt wurde.

Die Ausführungen im Jahresbericht 1993 und anlässlich der Generalversammlung 1994, in denen die Anlehnung an die SBG begründet wird, stehen im Widerspruch zu den Feststellungen in den Vorjahren. Im Jahresbericht 1992, der ohnehin recht optimistisch tönt (Steigerung des Bruttogewinnes um 15,6 % und des cash flows um 30,2 %, erfreulicher Zufluss bei den Spareinlagen "die bankengesetzlich anwendbaren Eigenmittel übersteigen die gesetzlichen Vorgaben beträchtlich" usw.), wird festgestellt, dass der totale Delcredere-Bestand "alle erkennbaren und als gefährdet betrachteten Risiken umfassend abdeckt." Natürlich kann sich die Qualität eines Kreditportefeuilles rasch verschlechtern. 1993 war die rezessive Phase jedoch bereits im Abklingen und die meisten Banken konnten die Wertberichtigungen zurücknehmen, vor allem im Immobilienbereich, eine Entwicklung, die sich 1994 fortsetzt. Dass bei den oberoargauischen Banken auch 1994 nach wie vor ein grösserer Rückstellungsbedarf besteht, vor allem auf gewerblichen Krediten, ist anzunehmen. Im übrigen sind keine Klumpenrisiken bekannt, die die EKW in Schwierigkeiten gebracht hätten. Jedenfalls ist der unverhältnismässig starke Anstieg der Wertberichtigungen in einem Jahr auf Ende 1993, nicht ohne weiteres nachvollziehbar und eher atypisch, es sei denn, die Altlasten seien, entgegen den Feststellungen in den Vorjahresberichten, über Jahre unterbewertet worden.

Andere Lösungen wären wohl möglich gewesen. Das Naheliegendste wäre gewesen, die in solchen Fällen üblichen Massnahmen einzuleiten und die wohl auf Jahre zurückgehenden Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die EKW hat ihre Bilanzsumme seit 1960 verzehnfacht. Sie ist vor allem seit 1980 stark angestiegen. Das ist zwar nicht ungewöhnlich, aber nur möglich, wenn Konzessionen an die für Hypothekarinstitute klassischen Refinanzierungsregeln, die Zinsmarge und die Schuldnerqualität gemacht werden. Der Katalog der möglichen Korrekturen ist gross: Restriktivere Kreditpolitik, Rückkehr zu konsequenter Bilanzsteuerung, was sich nach einiger Zeit positiv auf die Refinanzierung und die Zinsmarge auswirkt, Schliessung defizitärer Zweigstellen, Kosten und Personalbestand senken, Abbau der starken Immobilisierung in bankeigenen Liegenschaften. Förderung der Erträge aus dem indifferenten Geschäft, um nur die wichtigsten Verbesserungsmöglichkeiten zu nennen. Eine derartige "Übung" ist zwar weder einfach noch populär noch über Nacht zu realisieren, ist aber schon oft mit Erfolg durchgeführt worden. Die

Unterdeckung von 1,8 Mio. bei den eigenen Mitteln gemäss bankengesetzlichen Vorschriften die auf Ende 1993 ausgewiesen wird, während im Vorjahr die "Vorgaben noch beträchtlich überstiegen" wurden, war nicht derart hoch, dass sie nicht durch eine Kapitalerhöhung, eine nachrangige Obligationenanleihe mit Eigenmittelcharakter oder die Rücknahme der Bilanz hätte aufgefangen werden können. Überrascht hat auch, dass die EKW nicht über grössere stille Reserven verfügte, aus der der erhöhte Rückstellungsbedarf hätte abgedeckt werden können.

Die Zeichen der Zeit erkannt

Der Verwaltungsrat der EKW hat seinen Entschluss mit grundsätzlichen Überlegungen und der Sorge um die langfristige Zukunft begründet. Es verhält sich tatsächlich so, dass seit einiger Zeit die Daseinsberechtigung und die Leistungsfähigkeit kleiner und auch mittlerer Banken, die vor allem vom Zinsdifferenzgeschäft leben, in Frage gestellt wird. Während die Gründung der EKW in eine Boomzeit für Sparbanken fiel, haben heute Hypothekarinstitute vermehrt Schwierigkeiten, sich in dem tiefgreifenden Wandel, in dem sich die schweizerische Banklandschaft befindet, zu behaupten. Diese Entwicklung ist unter dem Aspekt des Gleichgewichts unter den verschiedenen Bankensektoren nicht unbedenklich. Sie ist jedoch eine durch den Markt, die Konkurrenzsituation, die Veränderungen in den Kundenbedürfnissen, der Dienstleistungspalette und den Verarbeitungsmethoden bedingte Realität. 1990 gab es in der Schweiz noch 190 Regionalbanken, 1993 nur noch 138. 1994 dürften gegen 20 weitere verschwunden sein, und man nimmt an, dass die Zahl unter 100 sinken wird. Andererseits hat niemand ein Interesse am völligen Verschwinden eines ganzen Bankensegments.

Es gibt nach wie vor Regionalbanken, die eine gesunde Bilanz aufweisen und der Ausverkaufspsychose nicht erlegen sind. Sie sind auch heute in der Lage, sich im Markt zu behaupten. Darunter befinden sich auch kleine. Die Ersparniskasse Schwarzenburg zum Beispiel, mit einer Bilanzsumme 1993 von unter 1 Mia. gehört dazu. Sie hat 1992 und 1993 sehr akzeptable Richtwerte, was übrigens bestätigt, dass die Regel von der kritischen Masse nicht immer zutrifft. Sie soll deswegen als positives Beispiel erwähnt werden, weil sie im gleichen Jahr wie die EKW gegründet wurde. Eine existenzsichernde Massnahme ist die 1994 erfolgte Gründung einer Holding der Regionalbanken. 98 Institute, die eine Bilanzsumme von 45 Mia. und 2,1 Mia. Eigenmittel repräsentieren, 370 Geschäftsstellen vertreten und 2900 Mitarbeiter beschäftigen, haben sich zu einer Art Zentralbank zusammengeschlossen. Falls die geplanten Synergien im Kosten-, Refinanzierungs- und Abwicklungsbereich und die Zusammenlegung gewisser Dienstleistungen plangemäss realisiert werden können, dürften sich daraus eine erhebliche Erhöhung der Rentabilität und eine Stärkung der Glaubwürdigkeit und Konkurrenzfähigkeit der ganzen Gruppe ergeben. Für die Informatik wird offenbar der Anschluss an eine noch grössere Organisation gesucht, was das Risiko in sich schliesst, dass man sich in eine gewisse Abhängigkeit begibt. Der Marktauftritt erfolgt nach wie vor unter dem angestammten Namen jedes Instituts, und ihr über Jahrzehnte aufgebautes Vertrauenspotential dürfte erhalten und gestärkt werden. Die Ersparniskasse Langenthal, wie die Ersparniskasse des Amtsbezirk Aarwangen heute heisst, hat sich der Regionalbanken-Holding angeschlossen und damit den Weg der Selbständigkeit einerseits und Kooperation mit gleichgelagerten Banken im administrativen und Dienstleistungsbereich andererseits gewählt. Der Vergleich mit der EKW ist aufschlussreich, weil Aarwangen ebenfalls 1824 unter vergleichbaren Startbedingungen die Tätigkeit aufgenommen hat, und sich die beiden benachbarten Ersparniskassen lange parallel entwickelten. Aarwangen hat heute jedoch eine ungefähr doppelte Bilanzsumme, eine bessere Refinanzierungsquote der Hypotheken durch Spargelder und einen Rückstellungsbedarf, der verkraftbar ist. Die Ersparniskasse Langenthal hatte lange eine Gemeindegarantie und ist heute mehrheitlich im Besitze der Gemeinden. Beim Vergleich mit Wangen ist dies zu berücksichtigen. Die Eigenmittelquote ist übrigens nicht besser als die der EKW 1992. Es ist heute eine

hypothetische Frage - aber nicht auszuschliessen - ob ein Beitritt der EKW zur Regionalbanken-Holding, der möglich gewesen wäre, relativ rasch eine fühlbare Entlastung gebracht hätte.

Die meisten Banken, die in den letzten Jahren sich nicht mehr stark genug fühlten, die selbst verschuldeten oder konjunkturellen Probleme zu bewältigen, haben den Weg der Anlehnung an eine Grossbank gewählt. Dass alle Grossbanken an der Verstärkung ihrer Heimbasis und der Schliessung von Lücken im Geschäftsstellennetz interessiert sind und sich aktiv um die Uebernahme gut eingeführter Regionalbanken bemühen, wurde schon erwähnt. Die von der EKW gewählte Lösung ist nicht die einzige Möglichkeit der Anlehnung an eine Grossbank. Gerade 1994 wurden die verschiedensten Kooperationsmodelle angewendet. Sie gehen von einer rein technischen Zusammenarbeit im Back Office und im Dienstleistungsbereich ohne Kapitalverflechtung über Mischformen (teilweise oder volle Kapitalbeteiligung der Grossbank und Realisierung von Synergien bei Belassung des Kundenauftritts unter dem herkömmlichen Namen) bis zur totalen Übernahme und vollen Integrierung. Im Falle von vier Ostschweizer Regionalbanken hat beispielsweise der Schweizerische Bankverein nur 5 % des Aktienkapitals übernommen bei Belassung der Unabhängigkeit und Eigenverantwortung der kooperierenden Institute, die anderseits Dienstleistungen der Grossbank anbieten und Synergien umsetzen können. Bei anderen Übernahmen hat der Bankverein allerdings ebenfalls integriert. Dagegen hat die Schweizerische Kreditanstalt gewachsene Bindungen und Empfindlichkeiten respektiert und den übernommenen Instituten die Möglichkeit gelassen, ihre Identität nach aussen unter dem angestammten Namen zu wahren.

Wenn man die Verhältnisse in ländlichen Gegenden und die Verbundenheit der Bevölkerung mit ihrer alte eingeführten Regionalbank, mit der eine enge wirtschaftliche und emotionale Bindung bestand, kennt, kann man das vollständige und offenbar unter Zeitdruck erfolgte Verschwinden einer Institution wie der EKW nur bedauern, bei vollem Verständnis für die Sachzwänge in denen sich der Verwaltungsrat befand, und objektiver Würdigung der noch vor Jahren kaum vorstellbaren Dynamik des Strukturbereinigungsprozesses im schweizerischen Bankwesen.

Franz Schmitz